



Mainzer Seebrückenbündnis  
c/o Armut und Gesundheit  
Zitadelle 1 F  
55129 Mainz  
mainz@seebruecke.org

Pressekontakt:  
Levi Pfeuffer-Rooschütz  
015903899753

## Pressemitteilung: 170 Menschen auf Kundgebung und Demonstration- zug der Seebrücke Mainz am 04.09.2020

Mainz, den 05. September 2020

Unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln unterstützten am frühen Freitagabend, 4. September, 170 Teilnehmer das Seebrückenbündnis Mainz in ihrer Forderung für sichere Fluchtwege, für eine Evakuierung der Flüchtlingslager auf Lesbos und für ein rheinland-pfälzisches Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge. Nach einer Anfangskundgebung am Ernst-Ludwig-Platz zogen die versammelten Menschen anschließend als Demonstrationzug über die Bauhofstraße zum Rheinufer, wo eine Abschlusskundgebung stattfand.

Anlass der Veranstaltung war die eskalierende Situation an den europäischen Außengrenzen, gepaart mit einem innereuropäischen Unvermögen zur Einigung bezüglich Zuständigkeiten und Quoten.

Untermalt von künstlerischen Beiträgen dreier Musiker und zweier Poetry-Slammerinnen, meldeten sich langjährig Engagierte aus den verschiedensten zivilgesellschaftlichen Mainzer Projekten rund um die Hilfe für flüchtende und geflüchtete Menschen zu Wort, deren Berichte die Notwendigkeit und Pflicht zu einer humanitären Flüchtlingspolitik deutlich machten:

„Während Schiffe der zivilen Seenotrettung regelmäßig - über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus - Flüchtlinge in europäischen Such und Rettungszonen vor dem Tod durch Ertrinken bewahren und Handelsschiffe, die ihrer im internationalen Seerecht geforderten Verpflichtung zur Rettung Schiffbrüchiger nachkommen, die Einfahrt in europäische Häfen verweigert wird, liegen einsatzbereite Schiffe mehrerer Organisationen teils mit Festhalteverfügung im Hafen. Grund hierfür ist, dass das Bundesverkehrsministerium durch Änderungen der Schiffssicherheitsverordnung die Anforderungen zum Unterhalt und Betrieb von Schiffen in humanitären und umweltschützenden Einsätzen verschärft hat. Die Motivation hinter den Gesetzesänderungen ist rassistisch und menschenverachtend, weil gezielt die Rettung von Flüchtenden und die humanitäre Arbeit behindert werden,“ erklärte Stefen Seyfert von RESQSHIP in seiner Rede.

Natascha Müller, die seit März für Collective Aid im Norden Serbiens Flüchtlinge außerhalb der offiziellen Lager mit dem Notwendigsten versorgt, berichtete von Polizeigewalt, nicht einzudämmenden Infektionskrankheiten und dem Mut von Verzweifelten, von denen erst letzte Woche drei beim Versuch, den Grenzfluss Theiss Richtung EU zu überqueren, starben. „Wir müssen unsere Stimmen erheben. Aufschreien für diejenigen, deren Schrei im Mittelmeer untergeht, in der Sahara vertrocknet, oder in Serbien zum Verstummen gebracht wird.“

Die lang befürchteten und nun bestätigten Corona-Fälle im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos und der daraus resultierenden, angeordneten Quarantäne, führe zu chaotischen Zuständen, Hilfsorganisationen werde der Zugang zum Lager verweigert, die Versorgung breche zusammen, berichtet der Arzt und Aktivist Gerhard Trabert anschließend.

Die Forderung an die rheinland-pfälzische Landesregierung lautet damit: Beziehen Sie Position! Mischen Sie sich ein! Beschließen Sie endlich ein Landesaufnahmeprogramm!